



CHRISTOPH BOECKHELER

Was muss dagegen unternommen werden?

Woltering: Der öffentliche Nahverkehr muss ausgebaut werden, und er muss bezahlbar sein. Auch Wohnungen müssen bezahlbar sein. Das ist in Frankfurt nicht der Fall. So hat jede Region ihre Schwächen und ihre positiven Aspekte.

Mieter- und Sozialinitiativen freuen sich, dass die europäische Bankenaufsicht EBA nach Paris kommt und nicht nach Frankfurt. Dabei hatte Hessen so dafür geworben. Ist es Grund zur Freude, dass daraus nichts geworden ist, weil mit mehr wohlhabenden Bänkern und Beamten auch die Mieten weiter steigen würden?

Woltering: Das ist ja richtig. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Einrichtungen, Erzieher, Sozialarbeiter, Altenpfleger, sind kaum noch in der Lage, bezahlbare Wohnungen zu finden. Wir haben große Probleme, Leute in die Region zu ziehen und ihnen dann entsprechend Wohnraum anzubieten.

Ist es also falsch, wenn Hessen um bedeutende Institutionen mit vielen hochrangigen Beschäftigten für das Rhein-Main-Gebiet wirbt?

Alinaghi: Die Medaille hat zwei Seiten. Es ist nicht nur schlecht, und es ist nicht nur gut. Wenn die EBA gekommen wäre, hätte das auch einen starken Wirtschaftsfaktor gehabt. Es wären viele Menschen in die Region gekommen, die Hotels hätten viele Zimmer vermietet, es wären Arbeitsplätze geschaffen worden. Aber das Gefälle zwischen Arm und Reich wird dann auch größer.

Woltering: Die Stadt Frankfurt bezahlt ihren Kindergärtnerinnen und Kindergärtnern einen Zuschlag, damit diese überhaupt eine Wohnung anmieten zu können. Das können wir und unsere Einrichtungen nicht bezahlen. Das macht die Situation unglaublich schwierig. Oberbürgermeister Peter Feldmann hat ja angekündigt, dass er Wohnraum schaffen will. Ich glaube, das ist der richtige Weg. Das ist in anderen Kommunen ebenso notwendig.

Außerhalb von Frankfurt ist Wohnraum leichter und günstiger zu finden, auch entlang von S-Bahn-Anschlüssen. Kann man die wohnungssuchenden Menschen dorthin verweisen?

Woltering: Selbst in Alzenau, wo ich lebe, sind die Wohnungspreise angestiegen. Die Wohnungsnot verändert auch das Preisgefüge im großen Umfeld von Frankfurt. Außerdem müssen die Menschen dann ja noch die Aufwendungen tragen, um nach Frankfurt zu ihrem Arbeitsplatz zu kommen.

Frau Alinaghi, haben Sie mehr Glück bei der Wohnungssuche gehabt?

Alinaghi: Ich gehöre zu den vielen Tausend Pendlern, ich wohne in Limburg, mit Anbindung an den ICE-Bahnhof. Klar ist der Wohnraum in Limburg günstiger als in Frankfurt.

Herr Woltering, Sie sind seit 34 Jahren für den Paritätischen

Wohlfahrtsverband tätig. Was hat sich sozialpolitisch in dieser Zeit getan?

Woltering: Als ich anfing, ging es noch um Fürsorge. Dahinter steckte der Gedanke: Ich tue etwas Gutes, damit der arme Mensch, dem es nicht so gut geht, es besser hat. Inzwischen sind die Menschen mit Hilfebedarf sehr viel selbstbewusster geworden. Sie machen sehr viel deutlicher ihre Ansprüche geltend. Es hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass Selbstverständlichkeiten existieren, etwa dass ein behinderter Mensch gleichen Anspruch auf Teilhabe besitzt. Da ist eine Menge passiert. Es ist gut, dass das klar ist und eine rechtliche und sachliche Grundlage hat.

Was hat sich im Paritätischen in dieser Zeit bewegt?

Woltering: Damals hatte der Verband sozialpolitisch wenig Einfluss. Da wurden wir nicht wirklich ernst genommen. Das ist heute anders. Das ist natürlich nicht nur mein Verdienst, sondern das von vielen.

Frau Alinaghi, wie wichtig ist Ihnen politische Einmischung?

Alinaghi: Ich will, dass wir uns politisch einmischen.

Haben Sie schon Termine im Land vereinbart?

Alinaghi: Ja, den Terminmarathon haben wir gemeinsam begonnen. Wir werden präsent sein, gerade auch im Jahr der Landtagswahl.

Sie haben ja einen ganz anderen beruflichen Hintergrund, haben beim UNHCR, im Europäischen Parlament und für Unternehmen gearbeitet. Welchen Blick auf die Sozialpolitik bringen Sie mit?

Alinaghi: Deutschland hat nach dem Krieg sehr viel getan, um sich als Sozialstaat zu etablieren, unter schwierigen Bedingungen. In der heutigen Zeit müsste viel mehr möglich sein. Es kann doch nicht sein, dass es in einem Staat wie Deutschland so viele Arme gibt.

Heißt das: Mehr Geld für den Sozialbereich?

Alinaghi: Nein, nicht nur mehr Geld. Schauen Sie auf die skandinavischen Länder, die vieles richtig machen. Da geht es nicht um Geld, sondern um Menschlichkeit, Teilhabe, Integration.

Was gefällt Ihnen denn konkret am skandinavischen Modell?

Alinaghi: Vielleicht ist das eine Banalität, aber dort ist es völlig normal, dass auch hochgestellte Manager, die angeblich keine Zeit haben, ihre Kinder zur Schule bringen. Die tun das auch gerne. Dafür fallen Meetings aus. Das wäre in Deutschland undenkbar, und das halte ich für falsch. Es geht um Verantwortung für Kinder, für alte Menschen, für das Zusammenleben.

Woltering: Schauen Sie sich die USA an, wo Donald Trump die Steuern drastisch senkt für diejenigen, denen es ohnehin schon gut geht. Das Geld sollte doch besser den Menschen zugute kommen, denen es nicht so gut geht. Die Herrschaften, die viel arbeiten, sollen gut Geld verdie-

ZUR PERSON

Günter Woltering hat 34 Jahre lang die Geschäfte des Paritätischen Wohlfahrtsverbands in Hessen organisiert. Dieser ist nach der Diakonie der zweitgrößte Wohlfahrtsverband in Hessen. Die Zahl der Mitarbeiter stieg in Wolterings Amtszeit von drei auf rund 70 an. Am 30. September wird der 65-jährige Woltering bei der Mitgliederversammlung verabschiedet. Er geht in den Ruhestand – und zieht nach Nordrhein-Westfalen.

Yasmin Alinaghi tritt die Nachfolge des scheidenden Geschäftsführers an. Die promovierte Politikwissenschaftlerin war zuvor Mitgeschäftsführerin der Carl-Duisberg-Centren in Köln, einer Weiterbildungsgesellschaft. Die 51-Jährige begann ihre berufliche Laufbahn als Mitarbeiterin im EU-Parlament, wo sie sich um Minderheitenschutz kümmerte, und beim Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR). Anschließend war sie mehr als 20 Jahre im Bereich IT und Telekommunikation tätig. Dort habe ihr jedoch der „ethische Anspruch“ gefehlt. Sie habe die reine Profitorientierung der Unternehmen zunehmend als absurd empfunden, sagt Alinaghi. pit

nen, das ist überhaupt nicht mein Problem. Ich fände es nur schön, wenn es möglich wäre, dass man die da unten nicht vergisst.

Haben Sie das Gefühl, dass hier amerikanische Verhältnisse einkehren?

Woltering: Ein bisschen, ja. Die Schere geht auseinander. Es gibt immer mehr richtig reiche Leute, die ihr Geld gar nicht verwenden können. Und es gibt immer mehr Leute, die in die Tafel gehen müssen, weil die Rente nicht reicht. Das kann doch nicht sein. Jemand, der sein Leben lang gearbeitet hat, kriegt 1200 Euro Rente und muss 500 Euro Miete bezahlen. Da bleibt nicht mehr viel zum Leben. Es ist dramatisch, dass sich eine Gesellschaft das leistet.

Alinaghi: Umverteilung würde allen zugute kommen. In Lateinamerika sind die Reichen richtig reich, aber da leben sie hinter Gittern, weil sie fürchten, auf der Straße überfallen zu werden. So schlimm ist es bei uns nicht, aber es ist nicht völlig aus der Luft gegriffen.

Was würden Sie sich von der neuen Bundesregierung wünschen, wenn sie denn zustande kommt?

Woltering: Eine Mindestrente. Die müsste etwa 1400 bis 1500 Euro betragen, damit man davon leben kann, auch in einer Stadt wie Frankfurt, ohne zur Tafel gehen zu müssen.

Nehmen wir das Thema Flüchtlinge. Hat die Aufnahme der Menschen nach Ihrer Wahrnehmung zu großen Verwerfungen geführt, oder haben Hessen und Deutschland das ganz gut hingekriegt?

Alinaghi: Manche reden von einem Jahrhundertproblem, wie wir es noch nie gehabt hätten. Das entspricht nicht der Wahrheit. Wir haben 1955 eine Welle von Zuwanderern gehabt. Wir haben nach dem Mauerbau eine

Welle gehabt und auch nach dem Mauerfall. Das haben wir alles bewältigt.

Und wie gut gelingt es diesmal?

Alinaghi: Es gibt Ansätze, dass man aus der Vergangenheit gelernt hat. Allerdings versucht man aufgrund der rechten Stimmen, mehreren Herren zu dienen. Diskussionen um Obergrenzen und solche Dinge sind völlig fehlgeleitet.

Sind die Ängste, die dabei geäußert werden, also unberechtigt?

Alinaghi: Ängste sind immer berechtigt. Aber ich kann sie nicht nachvollziehen. Ich finde Durchmischung gut, ich finde Vielfalt gut. Abschottung finde ich absurd. Ich habe selbst einen Migrationshintergrund.

Welchen?

Alinaghi: Mein Vater kommt aus dem Iran.

Haben Sie dadurch einen besonderen Blick auf die Diskussion?

Alinaghi: Ja, denn ich habe selber miterlebt, wie es ist, als „Ausländerkind“ eingeschult zu werden. Es war die Zeit der Gastarbeiter, und ich wurde in eine Klasse mit lauter Kindern ausländischer Eltern gesteckt. Das haben viele erlebt, die in den 70ern eingeschult wurden.

Was bedeutet das für Ihre Arbeit beim Wohlfahrtsverband?

Alinaghi: Die Prinzipien des Paritätischen, nämlich Vielfalt und Toleranz, die lebe ich, dafür möchte ich kämpfen. Vielfalt kann eine große Bereicherung sein, wenn man sie zulässt.

Sie haben Bücher geschrieben mit verrückten Geschichten, in denen Nelson Mandela, Lady Di und Yassir Arafat vorkommen. Sind das politische Bücher?

Alinaghi: Ich würde sagen, nein. Aber Freunde von mir haben gesagt: Bei dir ist immer so eine politische Komponente in den Büchern. Wahrscheinlich kann ich es nicht vermeiden, weil ich Politikwissenschaftlerin bin. Für mich gehört das dazu.

Werden Sie künftig noch Zeit dafür haben?

Alinaghi: Ich habe immer auf der Zugfahrt von Limburg nach Köln geschrieben. Das zweite Buch ist fertig geworden, bevor ich hier angefangen habe. Ich vermute, jetzt wird es eine Weile dauern, bis wieder eines kommt.

Worum geht es darin?

Alinaghi: Um ein verrücktes Begräbnis und das Vermächtnis eines Vaters. Auch wieder relativ schräg. Die Leiche landet in Belgien, wird wegen Terrorverdachts festgehalten und kommt mit einem Emu-Transport zurück.

Schreiben Sie jetzt auch Bücher, Herr Woltering?

Woltering: Nein, das ist nicht meine Passion. Ich wandere gerne, ich bin gerne in der Natur. Es macht mir Spaß, draußen zu sein und wahrzunehmen, was dort vor sich geht.

INTERVIEW: PITT VON BEBENBURG

statistische Zahlen zu packen. Ich würde eher auf die Situation der Menschen schauen und dafür sorgen, dass sie sich besser stellen, dass sie teilhaben.

Herr Woltering, Sie haben einmal gesagt, Armut steige in bestimmten Regionen besonders stark. Zitat: „Mittel- und Nordhessen werden immer mehr abgehängt.“ Ist das immer noch so?

Woltering: Wenn ich die Entwicklung von Kassel sehe, dann ist das nicht mehr so wie damals. Kassel ist eine der prosperierendsten Städte in Hessen, zusammen mit Darmstadt. Anders ist die Situation in ländlichen Strukturen, etwa im Werra-Meißner-Kreis oder im Kreis Hersfeld-Rotenburg. Wenn die Verbindungen im öffentlichen Nahverkehr nicht funktionieren, die soziale Infrastruktur nicht vorhanden ist, dann sind die Menschen abgehängt.